

H A N D O U T

Ehemalige Kreismülldeponie Tiengen, Änderung der Deponieentgasung; Förderprojekt der NKI (Nationale Klimaschutzinitiative): „Reduzierung von Treibhausgas-Emissionen und des Emissionspotentials durch Aerobisierung mittels Saugbelüftung“

I. Ausgangspunkt

Der Landkreis Waldshut hat im Rahmen der NKI im Jahr 2017 für die Kreismülldeponien Tiengen, Lottstetten, Münchingen und Lachengraben, Wehr, „Potentialstudien“ durchführen lassen.

Mittels dieser Studien sollte ermittelt werden, ob durch die Optimierung der Deponie-Entgasungen die Treibhausgas-Emissionen der Deponien reduziert werden können.

Die Durchführung der Potentialstudien wurde vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit mit 50 % der Kosten gefördert.

Für die Deponie Tiengen ergab die Potentialstudie, dass mit der Umstellung der Deponieentgasung auf eine Saugbelüftung unkontrollierte Methangas-Emissionen (CH₄) auf ein Minimum reduziert werden können.

Die Treibhausgas-Emissionen der Deponie Tiengen werden durch die in-situ-Stabilisierung gegenüber einem Vergleichsszenario mit klassischer Deponiegasfassung und Behandlung um 94 % reduziert. Damit ist eine Förderfähigkeit für Klimaschutzprojekte im Kommunalen Umfeld gegeben.

Dieses Ergebnis ist sehr erfreulich, da Methangas 25-mal klimaschädlicher als CO₂ ist und durch die Vermeidung von Methangas-Emissionen somit ein wirksamer Beitrag zum Klimaschutz geleistet wird.

II. Maßnahme

Nach Zustimmung des Kreistages des Landkreises Waldshut wurden beim Projektträger Projektträger Jülich (PTJ) Fördermittel für investive Maßnahmen beantragt und beim Regierungspräsidium Freiburg (Genehmigungsbehörde) eine Plangenehmigung für die Änderung der Deponieentgasung der Deponie Tiengen angezeigt.

Nach Erteilung der Plangenehmigung am 20.07.2020 und dem Erhalt eines Zuwendungsbescheides über 301.660 € aus den Mitteln der Nationalen Klimaschutzinitiative, für das Haushaltsjahr 2020, wurden die erforderlichen Baumaßnahme öffentlich nach VOB ausgeschrieben.

Die Auftragsvergabe für die genehmigten Baumaßnahmen (Sanierung des Gaserfassungssystems, Rückbau der vorhandenen Anlagen, Bau und Betrieb einer neuen Gasförderstation und eines Methanoxidationsfilters) soll im Kreistag am 14. Oktober 2020 erfolgen.

Im Wirtschaftsplan 2020 des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft sind für diese Maßnahmen Mittel in Höhe von 670.000 € eingestellt.